

Ökumene-Gipfel

Apartheid in Israel: Ja, nein, vielleicht?

Die Vollversammlung des ÖRK geht zu Ende. Am letzten Tag nehmen die Delegierten eine Nahosterklärung an, in der auch der Apartheidsbegriff im Sinne des Völkerrechts vorkommt.

8. September 2022



Foto: Israelnetz/mh

Der Weltkirchenrat hat zum Abschluss seiner in Karlsruhe tagenden Vollversammlung zu einem gerechten Frieden im Nahen Osten aufgerufen. „Wir sind der Meinung, dass nur durch ein Ende der Besatzung und eine gerechte, umfassende und dauerhafte Friedensregelung die Sicherheit sowohl der Palästinenser als auch der Israelis gewährleistet werden kann“, heißt es in einer am Donnerstag von den 655 Delegierten entgegengenommenen Erklärung.

Uneinig sind die 352 Mitgliedskirchen allerdings bei dem Begriff „Apartheid“, der in der Erklärung enthalten ist. Darin erklärt der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) Israel nicht zum Apartheidstaat. Vor einer Bezeichnung Israels als Apartheidstaat durch den ÖRK hatten vor der

Mehr zum Thema

- » Sechs Deutsche in ÖRK-Zentralausschuss gewählt
- » Steinmeier kritisiert „blasphemischen Irrweg“ der russisch-orthodoxen Kirche
- » Russisch-Orthodoxe reagieren empört auf Steinmeier-Rede

Tagung vor allem Antisemitismus-Beauftragte und jüdisch-christliche Verbände gewarnt. In dem Statement wird allerdings darauf hingewiesen, dass internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen die Politik und die Maßnahmen Israels als „Apartheid“ im Sinne des

Völkerrechts beschreiben.

In einer überarbeiteten Fassung wird betont, dass einige ÖRK-Mitgliedskirchen eine solche Bewertung für richtig halten, andere diese Bezeichnung als unangebracht ablehnen. Dazu sagte die Auslandsbischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Petra Bosse-Huber, am Dienstagabend vor dem Plenum: „Aber, das sage ich an dieser Stelle in aller Deutlichkeit, als Leiterin der EKD-Delegation: Wir werden von Israel nicht als einem Apartheidstaat sprechen.“

Verbundenheit mit Juden

„Ich weiß, dass diese tiefe Verbundenheit mit unseren jüdischen Geschwistern, die zur DNA unserer deutschen protestantischen Kirchen und unserer deutschen Gesellschaft insgesamt gehört, für viele internationale kirchliche Partner schwer nachvollziehbar ist“, heißt es in der schriftlichen Erklärung Bosse-Hubers weiter, die dem Evangelischen Pressedienst (epd) vorliegt.

Diese tiefe Verbundenheit mit Israel sei für die deutschen Kirchen „ein kostbares und unverdientes Geschenk: Sie ist auf dem Boden unendlicher deutscher Schuld, auch der Mitschuld unserer eigenen Kirchen, entstanden“, fügte Bosse Huber in ihrer Erklärung hinzu. Auf dem Hintergrund „dieser doppelten Solidarität mit Israel und Palästina werden wir auch in Zukunft zusammen mit unseren Geschwistern auf beiden Seiten des Konflikts für einen verlässlichen und gerechten Frieden im Nahen

Osten kämpfen“.

Der Ökumenische Rat der Kirchen, auch Weltkirchenrat genannt, steht seit Jahren in der Kritik, im Nahost-Konflikt einseitig Partei für die Palästinenser zu ergreifen. Immer wieder weist der Weltkirchenrat diese Vorwürfe zurück. Der ÖRK verurteile „jegliche Form von Gewalt, egal ob sie in den besetzten palästinensischen Gebieten vom Staat Israel ausgeht oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen auf dem Gebiet des Staates Israel“, erklärte der geschäftsführende ÖRK-Generalsekretär Ioan Sauca zuletzt nach einem Besuch in der Krisenregion Mitte Juli.

Auf der neuntägigen ÖRK-Vollversammlung trafen sich vom 31. August bis 8. September 655 Delegierte und mehr als 2.000 weitere Teilnehmer aus allen Regionen der Welt zum Thema „Die Liebe Christi bewegt die Welt zu Versöhnung und Einheit“.